

Bern, 31. Januar 2019

## Protokoll des Parteitages

Datum, Zeit 7. November 2018, 19.15 bis Uhr  
Ort, Raum Kongresszentrum Allresto, Bern  
Präsenz 149 Stimmberechtigte Personen  
Absolutes Mehr 75 Stimmen  
Protokollführung Zora Schindler



1	Eröffnung und Begrüssung .....	2
2	Wahlen zum Parteitag.....	3
2.1	StimmzählerInnen.....	3
2.2	Mandatsprüfungskommission.....	3
2.3	Wahlbüro .....	3
2.4	Tagesbüro .....	3
3	Genehmigungen .....	3
3.1	Tagesordnung .....	3
3.2	Geschäftsordnung .....	3
3.3	Protokoll des Parteitages vom 18.08.2018.....	3
4	Verabschiedung aus dem Präsidium .....	3
4.1	Laudatio Ursula Marti – Béatrice Stucki .....	3
4.2	Laudatio Roberto Bernasconi – Christophe Gagnebin.....	5
5	Statutenänderungen .....	6
6	Neuwahl des Partei- und des Vizepräsidiums .....	6
6.1	Bericht Findungskommission .....	6
6.2	Co-Präsidium .....	6
6.3	Vizepräsidium .....	7
7	Wahl in die GPK .....	9
8	Wahlen 2019 – Internationale Liste.....	9
9	Parolen Abstimmungen vom 25.11.2018.....	9
9.1	Steuergesetz .....	9
9.2	UMA-Kredit .....	10
10	Parolen Abstimmungen vom 10.02.2019.....	10
10.1	Energiegesetz .....	10
10.2	Referendum Polizeigesetz .....	11
11	Resolutionen .....	14
12	100 Jahre Landesstreik .....	14
13	Verschiedenes.....	15
14	Schluss des Parteitages .....	15

# 1 ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG

Ursula Marti, Parteipräsidentin

Die zurücktretende Parteipräsidentin beginnt den Parteitag mit einem Rückblick auf ihre vier Amtsjahre: Kaum hat Ursula das Amt übernommen, kamen die National- und Ständeratswahlen. Obwohl der Kanton einen Sitz verlor und wohl, weil wir eine Basiskampagne durchgeführt haben, sind diese sehr gut verlaufen. Noch während der nationalen Wahlkampagne folgten die Rücktritte von Res Rickenbacher und Philippe Perrenoud. Bei den Ersatzwahlen konnte mit Christoph Ammann immerhin ein Sitz verteidigt werden. Die rotgrüne Mehrheit ging leider verloren. Dennoch war diese Ersatzwahl durchaus ein grosser Erfolg. Die ersten eineinhalb Jahre waren sehr intensiv, was Ursula aber mag.

Abstimmungen: Zeitgleich mit den Ersatzwahlen gewannen wir das Referendum zu den Prämienverbilligungen. Anfang 2017 sagte der Kanton am deutlichsten «Nein» zur USR III und wir verhinderten die Lehrplan-Initiative. Leider ging im Mai 2017 der UMA-Kredit verloren, wofür sich Ursula bei der Nase nimmt, sie hätte nicht damit gerechnet. Wir haben aber am 25.11. die Chance, es besser zu machen. Dafür gewannen wir 2018 die Abstimmung zum Tram Ostermundigen.

Die Grossratswahlen 2018 mit den 5 gewonnenen Sitze wird Ursula nie vergessen. Auch die sehr guten Resultate waren toll. Wir dürfen uns jetzt nicht auf den Lorbeeren ausruhen, sondern müssen die Erfolge politisch ummünzen. Um unsere Politik weiter zu etablieren, müssen wir die WählerInnenanteile weiter ausbauen. Ursula ist überzeugt, dass wir das Potenzial dazu haben.

Die neue Mehrheit in der Regierung änderte den Kurs. Das war schwierig für die SP, aber auch attraktiv, weil wir in der aktiven Oppositionsrolle wiederfinden. Wir müssen das Volk anrufen, wenn Abbaupolitik durchgesteuert werden soll. Kaum waren die Wahlen vorbei, ergriffen wir z.B. das Referendum gegen das Steuergesetz und den Volksvorschlag Wirksame Sozialhilfe. Dank dem grossen Einsatz aller konnten wir die Unterschriften sammeln. Ursula dankt für das Engagement.

Derzeit haben wir zwei Projekte: Die Nationalratswahlen und die Abstimmung über das Steuergesetz. Bei den Wahlen gibt es viele Interessierte, teilweise kommt es zu Ausmarchungen.

Als Fazit können wir sagen, dass es insbesondere gelungen ist im Regierungsrat einen Generationenwechsel auf rotgrüner Seite herbeizuführen. Leider sind wir in der Regierung nun in der Minderheit. Für die Rolle der Opposition hat das aber auch grosse Vorteile. Das Sekretariat hat in den vergangenen Jahren ebenfalls erfolgreich einen Generationenwechsel vollzogen. Mit der Basiskampagne haben wir in den letzten Jahren ein ganz neues Instrument eingeführt. Weiter wurden die SP 60+ und die SP MigrantInnen gegründet. Hier gibt es noch einiges Entwicklungspotenzial. Weiterhin aktuell ist das Thema Berner Jura. Soviel zum Rückblick, der Ausblick folgt mit Mirjam Veglio und Ueli Egger.

Ursula dankt Partei- und Geschäftsleitung, dem Parteisekretariat, dem Fraktionsvorstand und den Regierungsmitgliedern. Mit diesen Menschen hat sie in den letzten vier Jahren am engsten zusammengearbeitet. Sie bedankt sich aber auch bei allen weiteren Gremien für ihre Arbeit, den Sektionsverantwortlichen, die den Kontakt gesucht und sie eingeladen haben – diese Kontakte zur Basis hat sie immer sehr geschätzt. Sie dankt all jenen, die ihr ein offenes Ohr geschenkt haben, sie persönlich unterstützten und berieten. Zum Schluss dankt sie ihrem Partner, Paul: er hat ihr den Rücken gestärkt und freigehalten und ihr Engagement vorbehaltlos unterstützt.

Ursula war sehr gerne Präsidentin der SP Kanton Bern, es war vielseitig, herausfordernd und hat ihr viel gegeben. Nun gibt sie das Amt aber auch gerne wieder ab solange es noch Spass macht und ein bisschen wehtut. Sie freut sich sehr über die Nachfolgenden, Mirjam und Ueli sind ihre Traumnachfolge und Ursula ist glücklich, das Amt in ihre Hände weiterzugeben. Die freut sich auch über die zu wählenden Vizepräsidenten – sie werden die Partei im besten Sinn aufmischen.

Der Parteitag dankt Ursula für ihre Arbeit mit einer Standing Ovation.

## 2 WAHLEN ZUM PARTEITAG

### 2.1 StimmzählerInnen

Es werden vorgeschlagen und gewählt:

	StimmzählerIn	Ersatz
Tischreihe 1 und Bühne	Franco Castrovillari	Eset Jasari
Tischreihe 2	Barbara Keller	Jonas Ammann
Tischreihe 3	Reto Gadiant	Vanessa Bieri
Tischreihe 4	Michèle Nufer	Hervé Gullotti

### 2.2 Mandatsprüfungskommission

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Regina Fuhrer-Wyss (GPK), Stefan Neuenschwander (GPK) und Rosa Treu (Sekretariat).

### 2.3 Wahlbüro

Das Wahlbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. Es besteht aus den StimmzählerInnen sowie David Stampfli als Präsident.

### 2.4 Tagesbüro

Das Tagesbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. Es besteht aus Ursula Marti, Roberto Bernasconi, Margrit Junker und den StimmzählerInnen.

Für Wortmeldungen muss wie immer vor dem entsprechenden Traktandum ein Formular ausgefüllt und bei Margrit Junker abgegeben werden.

## 3 GENEHMIGUNGEN

### 3.1 Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

### 3.2 Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

### 3.3 Protokoll des Parteitages vom 18.08.2018

Das Protokoll wird genehmigt.

## 4 VERABSCHIEDUNG AUS DEM PRÄSIDIUM

### 4.1 Laudatio Ursula Marti – Béatrice Stucki

Abschiede sind eigentlich nicht mein Thema – ich vermeide sie oder halte sie so kurz wie möglich. Der Abschied von dir, Ursula, ist ja nur ein «Teil»-Abschied – wir verabschieden dich heute nach vier Jahren aus dem Präsidium unserer Partei. Du bleibst engagierte Grossrätin – daran zweifelt niemand von uns.

Nach den uns allen noch in den Knochen sitzenden Debatten zum Aufgaben- und Strukturüberprüfungsprojekt ASP 2014 – ein reines Abbau- und Sparpaket – brachten die darauffolgenden Regierungsrats- und Grossratswahlen der SP zwar nicht den gewünschten Wahlerfolg, aber wir hatten zusammen mit den Grünen immerhin die Mehrheit in der Regierung verteidigen können.

Du hast dein Amt fast auf den Tag genau vor vier Jahren, im November 2014, also ein halbes Jahr nach den erwähnten Regierungsrat- und Grossratswahlen, angetreten. Ich war damals noch deine Sitznachbarin im Grossratssaal und habe mitbekommen, wie engagiert du dieses Amt angetreten hast. Keine Sektion im grossen Kanton Bern die zu ablegen war, um sie nicht zu besuchen. Du hast lange Reisen mit dem ÖV in Kauf genommen, um an SVP-Grossratswahl-Anlässen die Positionen der SP zu verteidigen, zum Beispiel im Simmental.

Und schon bald nach Amtsantritt haben zwei unserer Regierungsräte vorzeitig ihren Rücktritt bekanntgegeben und gleichzeitig war da noch der Abstimmungskampf wegen der Krankenkassenprämienverbilligungen. Also Wahlkampf mitten in der Legislatur und eine für unsere Partei wichtige Abstimmung – beides hast du mit Bravour gemeistert. Dass wir den dritten Sitz im Regierungsrat verloren haben, das war schmerzlich, aber angesichts des bürgerlichen Schulterschlusses zu erwarten.

Was mich immer beeindruckt hat war, dass du bei all deinen Auftritten immer freundlich und ruhig geblieben bist – wenn auch bestimmt und beharrlich. Ja – wenn es einen Begriff gibt, der deine Arbeit in diesen vier Jahren beschreibt, so ist es – für mich – das Wort «beharrlich».

Ich höre deine warnende *Beharrlichkeit*, wenn du uns in der Fraktion ermahnst «Ja, aber Genossinnen und Genossen – wir als SP müssen...» oder «Nei, Genossinnen und Genossen, die SP darf jetzt nicht ...». Du hast die Sichtbarkeit, aber auch die Akzeptanz der SP durch dein Kommunikations-Fachwissen gestärkt – eben in deiner beharrlichen, ruhigen Art – nicht mit lautem, populistischem Getöse. Das ist vielleicht dein «Makel», deine Achillesferse - nämlich deine ruhige, sachliche Art, die Positionen der SP in Diskussionsrunden oder Debatten oder deine Meinung einzubringen. In einer Elefantenrunde zum Beispiel, nach den Wahlen. Du warst markant – beharrlich eben – aber sachlich.

Dieses Frühjahr allerdings, in der «Elefantenrunde» auf Telebärn, da hat dein Gesicht gestrahlt vor Freude – und es war zu fühlen, dass du fast geplatzt bist vor Stolz! Zurecht! Und du hast Herrn Salzmann zu Recht den Spiegel der SVP-Abbaupolitik vorgehalten. Dass wir fünf Sitze gewinnen würden, das hatte ja niemand zu glauben gehofft und das hat uns auch niemand zugetraut. Dass die fünf Sitze von den Frauen gewonnen worden sind, ist sicher kein Zufall. Als ehemalige Frauensekretärin der SP Stadt Bern, dort haben wir uns vor gefühlten 100 Jahren kennengelernt, sind dir Frauen- und Familienentlastungs-Themen auch sehr wichtig. Genauso wie die Finanzpolitik – ganz aktuell mit dem Referendum gegen das Steuergesetz oder dem Volksvorschlag bei der Sozialhilfe. Und die hast du mit Verve vor den Medien vertreten.

Ursula: Du bist jedoch nicht nur die intensiv arbeitende Parteipräsidentin. Einem «Glesli» Wein oder einem Apéro bis du nicht abgeneigt. Und auch äusserlich bist du nicht das, was bürgerliche Medien von Linken-Frauen kolportieren: Ursula ist farbig, tritt fröhlich und positiv auf. Selten habe ich Ursula verärgert und gar nie wirklich wütend erlebt. Ursula, du bist nicht nur kämpferische Sachpolitikerin mit strategischen Zielen, sondern auch Vollblut-Diplomatin.

Diese Fähigkeiten hast du zur Genüge bewiesen – zum Beispiel bei den wichtigen Verhandlungen mit der PSA oder mit anderen Parteien, im Vorfeld der Regierungsratsnominierungen oder bei Abstimmungskampagnen.

Ursula hat die Stimme unserer SP auch in den sozialen Medien im Verlauf des Präsidiums immer besser zur Geltung gebracht. Auf Twitter 1160 Follower, Hunderte Tweets veröffentlicht zu aktuellen politischen Fragen und Geschäften des Grossen Rats. Und dies immer unmittelbar – wie es sich gehört für eine Verantwortliche einer Partei, die im Kanton Bern einen schwierigen Kampf führen muss: Sie darf mit ihren Tweets den beiden SP-Regierungsmitgliedern nicht in den Rücken

fallen, muss aber für die SP eine angriffige und kritische Position markieren. Diesen Spagat hast du, Ursula, sehr gut gemeistert – wie eine Kommunikationsfachfrau eben.

Wie Roli Näf als Nachfolger von Irene Marti-Anliker, Ursula Marti als Nachfolgerin von Roli Näf, so werden auch Mirjam und Ueli grosse «Foot-Prints» auszufüllen haben.

Liebe Ursula, wir haben viel gemeinsam gelitten, uns geärgert, aber mindestens ebenso viel gelacht, gespöttelt und uns über kleine und grosse Erfolge gefreut – Ferieninseln zum Beispiel, Tagesschulen, Wahlerfolge, Abstimmungserfolge.

Im Namen der Parteileitung – und sicher auch in eurem Namen, danke ich Ursula ganz, ganz herzlich für ihr riesiges Engagement für unsere Partei. Einen Schritt zurücktreten nach so einem Amt ist im ersten Moment eine Erleichterung, im zweiten aber fehlt einem dann auch die Nähe zum «Zentrum der Politik», zu Leuten, mit denen du während vier Jahren intensiv zusammengearbeitet hast. Ich bin aber sicher, dass du diese Lücke rasch füllen kannst und es auch wieder geniessen wirst, mehr Zeit für dich zu haben und mehr Zeit, um mit Paul gemeinsam und ohne Handy Dinge zu unternehmen.

Ich wünsche dir darum auch persönlich von Herzen viel Freude und schöne Zeiten in der «Nach-Präsidiiums-Ära», viel Erfolg bei den Nationalratswahlen und – wer weiss – in einem Wahlkampf für einen Sitz in der Stadtregierung hier in Bern.

Ursula Marti dankt Béatrice, inhaltlich und generell. Sie ist sehr gerührt von den Worten und macht es kurz: Vielen Dank!

## 4.2 Laudatio Roberto Bernasconi – Christophe Gagnebin

Heute tritt Roberto zurück von diesem Parteiamt, Christoph wurde gebeten, ihn zu verabschieden.

Weil Roberto bei seiner Nomination zum Regierungsrat italienisch gesprochen hat, trägt auch Christophe Teile der Laudatio auf Italienisch vor. Es ist die Sprache, welche Robertos Familie spricht, die Sprache seiner Herkunft, seiner Italianità

Roberto hat einen wichtigen Einsatz geleistet für die Partei. Er war im Grossen Rat, sehr engagiert im PSJB, seine Wärme gegenüber allen Menschen dabei stets charakteristisch für ihn. Es war eine Freude, mit ihm zusammenzuarbeiten, Roberto hatte Freude an der Politik und an den verschiedenen Gremien, die von seiner Mitarbeit profitiert haben.

Nach seiner Nichtwahl in den Regierungsrat ist Roberto mit dem Resultat lächelnd umgegangen und hat sich sogleich zu einem neuen Horizont aufgemacht. Auch damit zeigte er, dass die Francophonen wichtig für den Kanton Bern ist – Roberto lebt die Zweisprachigkeit.

Es gibt Leute, die diese Eigenschaften von Roberto ausnutzen wollen. Sie sind selber schuld an ihrer Kleingeistigkeit. Roberto respektiert die Menschen in ihrer Verschiedenheit, hat stets den Menschen mit in die Politik gebracht. Roberto mag beispielsweise Fussball und hat lange beim FC Grossrat mitgespielt – aber ebenso hat er lange und erfolgreich an der Parteispitze mitgearbeitet. Er steht immer zur Verfügung, bereit, sich für das Wohl aller BewohnerInnen des Kantons Bern einzusetzen. Er schaut für die Interessen des Jura Bernois und des frankophonen Biels, kümmert sich aber gleichzeitig um alle Regionen. Denn Roberto weiss: Wir sitzen alle im selben Boot und nur gemeinsam können wir den Kanton weiterbringen. Den beherzten Politik hat wohl keiner so gut verkörpert wie Roberto!

Christophe hofft, dass er auch weiterhin von Robertos Wärme profitieren kann, dankt ihm von ganzem Herzen und wünscht ihm alles Gute!

Roberto Bernasconi dankt Christophe. Er bedauert, dass der Jura Bernois so weit von Bern weg ist. Die Anreise ist jeweils lang, aber er war meistens da. Die deutschsprachigen Sitzungen waren manchmal etwas schwierig für ihn, bis die Übersetzung im Kopf angekommen war, lief das Gespräch gelegentlich bereits zum nächsten Thema weiter. Aber er hat viel gelernt in den Jahren als GL-Mitglied und Vizepräsident. Er weiss aber auch, dass seine Nachfolge gut ist. Sie sind beide

frankophon, haben eine ähnliche Frisur – er wird sicher gut ersetzt werden. Roberto dankt allen für die Unterstützung in all den Jahren. Vive le PS!

## 5 STATUTENÄNDERUNGEN

Die Geschäftsleitung beantragt die Anpassung von Art. 13.1.a) der Statuten. Die Anzahl Vizepräsidien soll von drei auf vier erhöht werden. Neu heisst es also:

«Die Parteileitung besteht aus:

- a) dem Parteipräsidium, welches die Präsidentin/den Präsident oder ein Co-Präsidium und bis zu ~~drei~~ vier VizepräsidentInnen umfasst»

Die Geschäftsleitung ist überzeugt, dass es sinnvoll ist, die PL breiter aufzustellen.

Abstimmung: Der Parteitag stimmt der Änderung bei einer Nein-Stimme ohne Enthaltungen zu.

## 6 NEUWAHL DES PARTEI- UND DES VIZEPRÄSIDIUMS

### 6.1 Bericht Findungskommission

Elisabeth Striffeler, Präsidentin der von der GL eingesetzten Findungskommission berichtet, für die das Ansprechen von geeigneten Personen für die Nachfolgen von Ursula und Roberto sowie die Entgegennahme und Prüfung von Bewerbungen der Auftrag war. Zudem war die Findungskommission Ansprechstelle für Interessierte, führte mit allen Bewerbenden Gespräche und stand im Austausch mit der Präsidentin.

Für das Vizepräsidium gab es erfreulicherweise vier Bewerbungen. Es zeigte sich, dass bei einer Kandidatur die Nähe zur kantonalen Politik fehlte. Die anderen drei überzeugten in ihren Vorstellungsgesprächen die Findungskommission und später die Geschäftsleitung auf ganzer Linie, weshalb sie zur Wahl empfohlen werden.

Für das Co-Präsidium wurden Fraktionsmitglieder gesucht, nach Ursula Marti stand ein Mann oder ein Co-Präsidium aus Mann und Frau im Vordergrund. Aufgrund von mehreren Gesprächen mit verschiedenen Personen, sind Findungskommission und Geschäftsleitung überzeugt, mit Mirjam Veglio und Ueli Egger die beste Lösung für die SP Kanton Bern gefunden zu haben.

Empfehlung Geschäftsleitung: Wahl von Mirjam Veglio und Ueli Egger als Co-Präsidium. Die Wahlen von Tanja Bauer, Matteo Langenegger und Cédric Némitz als VizepräsidentInnen.

Elisabeth Striffeler weist auf den sehr langen schwelenden Konflikt in der SP Biel ein. Der Kantonalpartei ist es ein Anliegen, dass dieser gelöst wird. Deshalb hat sie auf Wunsch der Bieler Basis und zusammen mit der SP Schweiz eine Mediation aufgestellt. Die GL sieht aber keine Veranlassung, Cédrics Kandidatur zurückzuziehen: PSR und PSJB stehen hinter ihm und die Vertretung der frankophonen Parteimitglieder in der Parteileitung ist wichtig.

### 6.2 Co-Präsidium

Die beiden Kandidierenden für das Co-Präsidium stellen sich vor.

Ueli Egger hofft, dass ihm der Parteitag heute das Vertrauen ausspricht und ihn zusammen mit Mirjam wählt. Das Amt als Co-Präsidium wäre für ihn eine Ehre und eine grosse Verantwortung. Er verspricht keine schönere Zukunft aber bessere Chancen für die heutige Jugend als er sie selbst hatte. Ueli steht ein für alle: riche, pauvre, hommes, femmes – dans toutes les régions.

Ueli ist sein 1998 in der Politik, als er Gemeinderat in Hilterfingen wurde. 2004-12 war er Gemeindepräsident. Er ist es gewohnt, in einem bürgerlichen Umfeld eine Soziale Politik zu machen. Vor acht Jahren hat die SP bei den Grossratswahlen in der Region Thun einen Sitz dazugewonnen, vor einem Jahr hat Ueli diesen Sitz geerbt und 2018 verteidigt. So ist er in der Kantonspolitik gelandet, ohne damit gerechnet zu haben.

Uelis Hauptthemen sind gute Bildung und gleiche Chancen für alle. Er wird mit voller Überzeugung für diese Werte kämpfen. Er ist sicher, dass die SP so auch in ländlichen Gebieten mehr Fuss fassen und gewinnen kann. Ueli freut sich auf die Zusammenarbeit mit GL, PL, dem kompetenten Sekretariat und allen Genossinnen und Genossen. Er ist bereit, Ursula Martis Arbeit weiterzuführen.

Mirjam Veglio ist überzeugt: Solidarität, Gerechtigkeit und die Überzeugung, dass weder Mensch noch Umwelt ausgebeutet werden dürfen: Diese Werte vereinen uns.

Im Ausland sind populistische Parteien und Rechte im Aufwind. Beispiel AfD: Ihr Stil ist unerträglich, sie propagiert einen Kollektiv-Egoismus, die Entsolidarisierung und schürt Hass auf Fremde. Hass ist auch im Kanton Bern auch festzustellen, wenn auch weniger stark als in Deutschland. Das Abbaupaket, das Sparen bei Behinderten und Kranken, ist gelebte Entsolidarisierung mit den Schwachen. Das erneute Referendum gegen den UMA-Kredit richtet sich gegen Fremde. Die Welt wandelt sich, auch im Kanton Bern. Das ist allen klar, nur die SVP scheint das nicht verstehen zu wollen. Sie wollen ein Freilichttheater bewahren. Dabei brauchen wir den Wettstreit guter Ideen, eine Politik, die den Wandel als Realität und als Chance wahrnimmt. Es ist die Aufgabe der SP, progressiv in einem konservativen Kanton zu sein.

Wir haben Menschen mit diesen Themen erreicht, wir haben bei den Wahlen zugelegt und Abstimmungen gewonnen. Das können wir, wir haben es bewiesen. Wir müssen aber auch im Tagesgeschäft konsequent Einfluss nehmen. Mirjam will sich als Co-Präsidentin zusammen mit Ueli Egger dafür engagieren.

Aber eine erfolgreiche Partei braucht ihre Basis. Mirjam nimmt die Leute in die Pflicht und dankt ihnen im Voraus für ihren Einsatz. Sie macht seit 18 Jahren Politik, was dabei immer in der Minderheit und auf der Suche nach Mehrheiten. Sie verfügt über Pragmatismus und findet tragfähige Lösungen. Ausserdem kann sie mit allen Menschen umgehen – das hilft!

Mirjam steht vor einer gut geführten und organisierten Partei. Dafür dankt sie Ursula Marti, den Gremien und dem Sekretariat. Heute werden auch neue VizepräsidentInnen gewählt – wir sind breit aufgestellt. Mirjam freut sich auf die Arbeit in einem guten Team.

Zuletzt dankt Mirjam noch ihrem «Paul», der eigentlich Roger heisst.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Mirjam Veglio und Ueli Egger stehen nur als Co-Präsidium zur Wahl.

Wahl: Mirjam Veglio und Ueli Egger werden einstimmig bei 4 Enthaltung zum neuen Co-Präsidium gewählt.

Auf dem Podium lösen Mirjam und Ueli Ursula Marti ab.

### 6.3 Vizepräsidium

#### Mamadou Diop, PSR

Mamadou dankt für das Willkommen am Parteitag. In der Romandie kursieren Lügen gegen unser Parteimitglied. Dabei zeigt die Aufstellung der SP in Biel/Bienne, dass wir MigrantInnen in unserer Partei akzeptieren und einbinden.

Mamadou dankt Cédric für die Unterstützung in diesem Thema. Er ist der bestgewählte Bieler Gemeinderat und als Exekutivmitglied wichtig für die SP. Es gibt viele Gründe, kurz gefasst bittet er

darum, Cédric einstimmig zum Vizepräsidenten zu wählen. Seine Exekutiverfahrung nützt dem ganzen Kanton und der ganzen SP Schweiz.

Tanja Bauer, Köniz

Wir sind vereinigt im Kampf für unsere gemeinsamen Werte: Soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und der Kampf gegen Armut und Ungerechtigkeit. Das ist nicht immer einfach und wir sollten nicht unbedingt Debatten über den Weg zu den Zielen führen, sondern etwas machen. Denn die Absicht, die Welt zu verändern ist urdemokratisch. Ein Problem ist der Stadt-Land-Graben. Dabei handelt es sich aber um ein Ablenkungsmanöver um uns zu teilen. Tanja kommt aus dem Oberland, ist aktiv in Bern und lebt in der Agglo – überall gibt es Menschen, die Solidarität und Soziale Gerechtigkeit wollen und die einseitige Bereicherung empört. Linke auf dem Land sind genauso links, wie Rechte in der Stadt rechts. Die Organisationsform ist der einzige Unterschied.

Tanja kandidiert, um solche Strukturen überall einzusetzen: Sie setzt sich ein für aktive Sektionen mit Nachwuchs, und mehr Mitglieder in allen Regionen. Wir brauchen Angebote, damit sich alle einbringen können, Betroffene Beteiligte werden und die nächsten kantonalen Wahlen ein Albtraum für die Bürgerlichen. Tanja wäre geehrt von der Unterstützung des Parteitages in diesem Gemeinsamen Kampf. Pour toutes et tous – für alle statt für wenige – die SP!

Matteo Langenegger, Hinterkappelen

Matteo hat Betriebsökonomie gelernt. Dort geht es darum, mit Geld zu jonglieren. Beispielsweise bei den Pensionskassen: die machen todsichere Geschäfte mit Aktien von Rüstungskonzernen. Dieses Beispiel zeigt, wie viel falsch läuft. Die 300 Reichsten in der Schweiz besitzen 64 Milliarden Franken, gleichzeitig leben 500'000 unter dem Existenzminimum. Das ist der Grund, warum Matteo sich in JUSO und SP engagiert: er ist überzeugt, dass es eine starke linke Sozialdemokratie als Gegengewicht braucht. Dazu will er einen Beitrag leisten, darum kandidiert er.

Die SP kämpft darum, dass der Wohlstand auf alle umverteilt wird. Dies tat sie vor 100 Jahren beim Landesstreik und tut es heute. Die Menschen erwarten von der SP, dass sie diesen Werten treu bleibt, dass sie kämpft für die Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit, Umverteilung und Solidarität. Ein starker Staat, der den Menschen die Freiheit garantiert: dafür zu kämpfen lohnt sich!

Und wir müssen den Menschen glaubhaft machen, dass die SP die Hüterin dieser Werte ist.

Unsere grösste Stärke sind unsere gut 6'000 Mitglieder im Kanton Bern. Wir können überall Leute abholen. Als Vizepräsident möchte sich Matteo für Klarheit, Soziales und aktive Sektionen einsetzen – und für mehr Mut! Er würde sich über eine Wahl sehr freuen. Und wenn es nicht klappt wird er Finanzjongleur und spielt mit den Pensionskassengeldern!

Cédric Némitz, Bienne

Er ist körperliche eine gute Mischung zwischen Christophe Gagnebin und Roberto Bernasconi.

Cédric will sich für einen zukunftsorientierten, innovativen und gerechten Kanton für alle einsetzen, der vor allem Stolz auf seine Verschiedenheit ist. Die Parteileitung soll diese Unterschiedlichkeit repräsentieren. Sie ist kein Hindernis, sondern eine Chance.

Cédric setzt sich für die soziale und kulturelle Integration ein. Er möchte die Beteiligung verstärken, politisch, sozial und kulturell. Er will da sein, wo die Menschen sind und sich einbringen wollen. Es gibt Menschen, die spalten wollen – wir wollen die Leute zusammenbringen. Wir sind stolz auf den Kanton: Er ist vielfältig, wie die SP auch. Darum wollen wir uns alle gemeinsam engagieren. Cédric dankt für die Unterstützung und die Vielseitigkeit.

Wahl: die drei Kandidierenden werden einstimmig in das Parteivizepräsidium gewählt.

## 7 WAHL IN DIE GPK

Ladina Kirchen, Bern

Sie ist seit anderthalb Jahren Stadträtin. An der GPK interessiert sie zum einen das Juristische: Reglemente und Revisionen liegen ihr schon alleine von Berufes wegen. Auch sonst grundsätzlich alles, was Verfahren betrifft. Zusätzlich interessiert sie auch, wie dieses Juristische in das Politische hineinfliesst. Sie würde sich deshalb sehr freuen, wenn sie in die GPK gewählt wird.

Antrag Geschäftsleitung: Wahl aller drei Kandidierenden in das Parteivizepräsidium in globo.  
Wahl: Die Wahl von Tanja Bauer, Matteo Langenegger und Cédric Némitz erfolgt einstimmig.

## 8 WAHLEN 2019 – INTERNATIONALE LISTE

Am letzten Parteitag haben wir beschlossen, mit einer Frauen- und einer Männerliste in die Nationalratswahlen 2019 zu gehen. Danach gab es eine Anfrage der SP Schweiz: Die SP International, welche die Auslandmitglieder der SP organisiert, sucht Kantonalparteien, die zur Lancierung einer verbundenen separaten internationalen Liste 2019 Hand bieten. Die SP International kann unter diesen nur Wahlkampagne machen, wenn eine Reihe von Kantonalparteien Hand bieten, solche internationalen Listen mitzunehmen. Nun fragt die SP Schweiz die SP Kanton Bern an, ob sie bereit wäre eine solche Internationale Liste für die Wahlen 2019 zu genehmigen. Der SP Kanton Bern würden aus der internationalen Liste keinerlei Kosten oder andere Verpflichtungen erwachsen, die SP International stemmt Kosten und Aufwand.

Antrag Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern empfiehlt die Unterstützung der Internationalen Liste.

Abstimmung: Der Antrag wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

## 9 PAROLEN ABSTIMMUNGEN VOM 25.11.2018

### 9.1 Steuergesetz

Ursula Marti, Grossrätin

Es ist unser Referendum, wir haben Unterschriften gesammelt und das Referendum überhaupt erst lanciert. Die Inhalte sind klar: In der Märzsession 2018 hat der Grosse Rat beschlossen, den Höchststeuersatz für Unternehmen im Kanton Bern von heute 21.64% auf 18.71% zu senken. Allerdings profitieren nur etwa 6300 Unternehmen von 37'000 überhaupt davon, nämlich diejenigen, die über 63'000 CHF Gewinn machen. Und richtig profitieren tun nur diejenigen, welche über eine Million Gewinn machen – etwa 800 Unternehmen. Die geplanten Unternehmenssteuersenkungen hätten für den Kanton und die Gemeinden Steuerausfälle von etwa 160 Millionen pro Jahr zur Folge. Um dies zu kompensieren wurde im vergangenen Jahr ein massives Abbaupaket durchgedrückt, mit Kürzungen bei der Spitex, im Behinderten- und Sozialbereich, bei der Bildung und bei der Gesundheit. Die bürgerliche Mehrheit beschloss die Steuersenkungen um den Kanton Bern steuerlich besser zu positionieren. Allerdings steht der Kanton Bern im internationalen Vergleich schon heute gut da.

Volker Schwerdtel, Köniz

Volker war bei der Unterschriftensammlung engagiert dabei. Dass unser Regierungsrat undifferenziert für das Steuergesetz eingetreten ist, hat ihn erstaunt, verärgert und wütend gemacht. Das ist ein Rückenschuss gegen all die Leute, die sich engagiert haben.

Ueli Egger weist darauf hin, dass die Partelleitung diesbezüglich mit Christoph besprochen hat, dass er sich zu diesem Thema vermehrt zurückhält.

Antrag Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern empfiehlt die Nein-Parole.

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst einstimmig die NEIN-Parole

## 9.2 UMA-Kredit

Regina Fuhrer-Wyss, Grossrätin

Der Grosse Rat beschloss in der Märzsession 2018 den «Kredit für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden 2018–2020», kurz UMA-Kredit. Mit dem Kredit in der Höhe von 54 Millionen Franken verteilt auf die Jahre 2018-2020 soll die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden sichergestellt werden. Zuständig dafür ist die Zentrum Bäregg GmbH. Nun hat die SVP tatsächlich noch einmal das Referendum ergriffen. Nachdem im Mai 2017 ein ähnlicher Kredit an der Urne abgelehnt wurde, hat der Regierungsrat einen neuen Anlauf genommen, ist der Mehrheitsmeinung im Grossen Rat gefolgt und hat die Kosten erheblich gesenkt. Die Vorlage wird dem Auftrag des Referendums gerecht, sichert aber den Mindestschutz für die Minderjährigen.

Aus SP-Sicht geht die Vorlage an die Grenzen. Nur noch Menschen bis 17 Jahren dürfen in separaten Unterkünften untergebracht werden. Danach werden sie als Erwachsene behandelt, was die Tagespauschale insgesamt massiv senkt. Nicht einberechnet in den vorliegenden Kredit sind die höheren Zuschüsse der Bundesebene. Zudem ist aufgrund der sinkenden Flüchtlingszahlen damit zu rechnen, dass die Kosten tiefer ausfallen werden. Allerdings ergriff die SVP auch gegen den neuen Kredit erfolgreich das Referendum, womit es nun zum zweiten Mal innert kürzester Zeit zu einer Volksabstimmung kommt. Dabei greifen sie zu Falschaussagen und setzen auf Themenbewirtschaftung und Stimmungsmache. Helft mit, setzt euch engagiert für ein Ja ein. Dieser Kredit darf nicht noch einmal abgelehnt werden.

Antrag Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt die JA-Parole.

Abstimmung: Der Parteitag fasst einstimmig die JA-Parole.

Ueli Egger weist darauf hin, dass am 25. November auch über die «Selbstbestimmungs»-Initiative abgestimmt wird. Diese dürfen wir nicht vergessen: unbedingt ablehnen!

# 10 PAROLEN ABSTIMMUNGEN VOM 10.02.2019

## 10.1 Energiegesetz

Kornelia Hässig Vinzens, Grossrätin

Der Abstimmungskampf für das Energiegesetz hat noch nicht begonnen, wenn Fragen zur Kampagne bestehen, können die Anwesenden auf sie zukommen.

Ohne Energie geht nichts: Kochen, heizen, und warmes Wasser: alles wird grösstenteils mit fossiler Energie betrieben – mit allen Schattenseiten. Darum ist Energiepolitik auch Sozial-, Wirtschafts- und Aussenpolitik.

Heute geht es um die Revision des kantonalen Energiegesetzes: Das Volk hat zur Energiestrategie 2050 Ja gesagt, nun soll das kantonale Gesetz bei der Umsetzung helfen.

Wirtschaftlich ist das Gesetz sinnvoll: Die Wertschöpfung bleibt hier, statt ins Ausland verlagert zu werden. Der Energieverbrauch im Kanton beträgt jährlich 3'000'000'000 CHF.

Die Energiedirektorenkonferenz, ein relativ bürgerliches Gremium, hat neue Mustervorschriften erlassen, die nun in den Kantonen umgesetzt werden.

Im Grossen Rat wurde das Gesetz mit 83:59 Stimmen angenommen. Die SVP war geschlossen dagegen, die FDP-Fraktion zu einem grossen Teil auch, Aktuell hat auch die Partei die Nein-Parole gefasst. Der Hauseigentümergeverband ergreift in allen Kantonen das Referendum, es ist ein letztes Aufbäumen der Verlierer der Energiestrategie 2050.

Dabei gibt es gar nicht so viele Änderungen: Ersatz von Ölheizungen, ein Kernpunkt der Energiestrategien, bedeutet, dass bei Neubauten keine Ölheizungen mehr eingesetzt werden dürfen – was heute eh nicht mehr gemacht wird. Es gibt sogar eine Lockerung: Wer den Beweis erbringt, dass eine Ölheizung die beste Lösung ist, kann sie einsetzen.

Der Ersatz von Öl- und Gasheizungen in schlecht gedämmten Gebäuden. Diese wurden vor 1990 gebaut oder nie saniert. Auch hier gibt es ein Schlupfloch: Für Heizungssanierungen ist eine Baubewilligung eigentlich nicht nötig. Also ist es eine freiwillige Massnahme.

Dennoch: Das Energiegesetz ist ein wichtiger Pfeiler für eine glaubhafte Energiepolitik. Wir haben im Kanton 28'000 Ölheizungen: hier müssen wir ansetzen und auf ein Mitmachen aller hoffen. Kornelia ruft dazu auf, bei Standaktionen und LeserInnenbriefen mitzumachen.

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst einstimmig die JA-Parole.

## 10.2 Referendum Polizeigesetz

PRO: Adrian Wüthrich, Nationalrat

Adrian war im Grossen Rat Fraktionssprecher zum Thema, in der Arbeitsgruppe für die Vernehmlassungsantwort und hat viele Anträge in der SiK eingebracht, um das Gesetz zu verbessern. Das Polizeigesetz ist DAS Service Public-Gesetz. Wir haben damit erreicht, dass nun ein Gesetz aufgelegt und in Kraft treten wird.

Das Grundvertrauen in die Polizei ist im Kanton vorhanden: 88% haben Vertrauen in Police Bern. Im neuen Polizeigesetz gibt es 189 Artikeln. Darin gibt es vor allem drei wichtige Veränderungen: Die Finanzierung der Interventionskosten werden neu aufgeteilt. Neu soll jede kleine Gemeinde mitbezahlen, nicht nur die Städte. Neu können ausserdem Gemeindeangestellte einen Ausweis verlangen und vor Ort Kontrollen durchführen. Die SP hat sich dafür eingesetzt, dass dieses Recht nicht Privaten zukommt, sondern ausschliesslich Staatsangestellten. Das hat zum Vorteil, dass beispielsweise häusliche Gewalt klar ein Fall für die Kantonspolizei ist und sie damit auch zuständig für Wegweisungen vom Wohn- und Arbeitsort ist, auch bei psychischer Gewalt.

Es gibt natürlich auch kritische Punkte, auf die wird Meret gleich eingehen. Kurz zur Kostenüberwälzung: Diese können die Gemeinden beschliessen, nicht die Kantonspolizei und es handelt sich um eine Kann-Bestimmung. Die Sicherheitskommission muss der Kantonalpartei diesbezüglich auf die Finger schauen.

KONTRA: Meret Schindler, Grossrätin

Ein paar Jugendliche sitzen an der Aare, es ist 23 Uhr. Eine Polizeikontrolle kommt und geht wieder. Ein paar Wochen später erhalten sie die Rechnung über die Einsatzkosten – heute ist das nicht normal: Das machen nicht die Gemeinden, das ist nicht Service Public. Ein Gesetz muss allgemeine Regeln enthalten. Das Polizeigesetz enthält aber eine sehr grosse Ausnahmeregelung für die Bundesstadt: Sie kann den Sachschafen bei unbewilligten Demonstrationen abwälzen. Bisher musste die Stadt 32 Millionen bezahlen, neu nur noch 25 Millionen. Sie könnte diese Kosten selber übernehmen. Aber die Stadt Bern bezahlt sonst schon viel. Diese Kosten decken nicht den entstandenen Schaden, sondern den Polizeieinsatz. Und gleichzeitig entscheidet die Polizei eigenständige, wie gross sie bei Demonstrationen aufmarschiert. Wenn bei einer Demonstration von 30 Personen zehn PolizistInnen im Einsatz stehen und es ein paar Sprayereien gibt, können

bis zu 30'000 CHF abgewälzt werden. Es ist einer Bundesstadt nicht würdig, das Demonstrationsrecht derart zu ritzen. Es gibt etwa 100 Demonstrationen, davon 50 unbewilligt. Bei Letzteren kann eine Kreidezeichnung auf Sandstein ausreichen, um Einzelpersonen in den Ruin zu treiben. Das ist nicht SP-würdig.

Eine Einzelperson kann zusätzlich während eines Monats beschattet werden ohne Verurteilung. Erst danach wird das Gericht angerufen. Derzeit haben wir nicht einmal die Ressourcen um die heutige Polizeiarbeit abzudecken. Wie wollen wir sie derart ausbauen? Das ist nicht SP-würdig.

Wir wollten eine Ombudsstelle und erhalten die Wegweisung von Fahrenden: Privaten kann verboten werden, Leute auf ihrem Privatgrundstück zu beherbergen, wenn die Gemeinde das so will. Das ist nicht SP-würdig.

Es sind 12 Wortmeldungen für die Nein-Parole. Die RednerInnen werden gebeten, sich kurz zu fassen. Die Reihenfolge der Voten entspricht der Einreichung.

#### Barbara Keller, JUSO

Babs stimmt nein beim Polizeigesetz: Es handelt sich hier um eine Einschränkung des politischen Lebens im Kanton Bern. Sie sagt nein zum Gesetz, das Überwälzungen von Demokosten erlaubt. Werden Kosten auf die Veranstaltenden abgewälzt, beispielsweise die JUSO, sollen diese bis zu 30'000 CHF bezahlen. Das ist für das Budget strapaziös. Somit wird man es sich zweimal überlegen, eine Demonstration zu organisieren oder an einer Demo teilzunehmen. Mit dem Polizeigesetz werden Meinungsäusserungen beschnitten, die jetzt, beim sozialen Abbau wichtig sind. Darum sagt Babs NEIN zu Gesetz, Einschränkungen etc.

#### Michael von Bergen, JUSO

Die Strasse ist der Ort, wo Bewegung entsteht. Die SP engagiert sich, aber auf der Strasse sind auch kleine Kollektive aktiv. Soziale Kämpfe werden mit dem Polizeigesetz von der Strasse ferngehalten. Bei der Demonstration gegen das Sparpaket haben Autonome das Risiko auf sich genommen, die SP war dann an der Demo präsent. Ohne die Strasse sind wir eine Minderheit im Parlament und nicht viel mehr. Deshalb brauchen wir die Strasse auch in Zukunft.

#### Vera Diener, JUSO

Gegen den Fichenskandal gingen zehntausende auf die Strasse und inzwischen? Die Menschen beginnen zu vergessen, wie FeministInnen und AktivistInnen observiert wurden. Es klingen wir Wörter klingen wie Stichworte aus dem damaligen Skandal; tatsächlich steht es aber im Polizeigesetz 2018: Menschen dürfen einen Monat überwacht werden, ohne dass diese Massnahme einem Gericht vorgelegt werden muss. Wir müssen eingreifen, damit es nicht soweit kommt. Sonst finden wir uns beim Erwachen in der Vergangenheit wieder. George Orwell freut sich, uns im Jahr 1984 begrüssen zu dürfen.

#### Hervé Roquet, Parti Socialiste Romand

Die JUSO fordert die Nein-Parole. Dass die Geschäftsleitung die Stimmfreigabe fordert, überrascht und beunruhigt sie. Gemäss Artikel 118 des neuen Gesetzes dürfen Personen und Anlässe verdeckt überwacht werden, die Polizei kann zu diesem Zweck technische Mittel verwenden. Sie kann einen Monat lang ermitteln, ohne ein entsprechendes Urteil einzuholen. Ein Monat Überwachung ohne Urteil. Wollen wir das wirklich? Das ist ein Angriff auf die Privatsphäre und die SP will sich dazu nicht äussern.

In Artikel 84.3 steht, dass Fahrende überall weggejagt werden dürfen, Festhaltungen bis zu 48 Stunden können mündlich angeordnet werden. Damit wird die Tür geöffnet für Willkür und Diskriminierung der bereits diskriminierten Fahrenden. Ihre Situation wird damit massiv verschlechtert. Aus diesem Grund fordert Hervé die Nein-Parole.

Fabian Bauer, SP Bern Süd

Die Kostenüberwälzung ist ein echtes Problem: Wenn bei jedem Anlass die Kosten übernommen werden müssen, weil sie im Zusammenhang damit entstanden sein könnten, werden keine Anlässe mehr durchgeführt. Das gilt auch für kulturelle Veranstaltungen oder Sportanlässe: Viele sind froh, wenn sie Ruhe hätten. Aber bei Demonstrationen geht es um wichtige demokratische Werte. Wenn niemand die Verantwortung übernehmen will, gibt es keine Demonstrationen mehr, die Leute bleiben einfach zu Hause.

Tanja Blume, JUSO

Im neuen Polizeigesetz sind nicht nur problematische Punkte enthalten, es fehlen auch wichtige Elemente: Die Polizei hat das Gewaltmonopol, es fehlen aber Möglichkeiten, um sie zu kontrollieren. Es braucht unbedingt eine Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen, damit Opfer in der Lage sind, sie zu identifizieren. Es fehlt auch eine kantonale Ombudsstelle und Massnahmen gegen Racial Profiling, also Kontrollen ohne sachlichen Grund. Es gibt kein Quittungssystem und keine Verpflichtung, nichtdiskriminierend zu arbeiten. Kurz: Wichtige Elemente der demokratischen Kontrolle fehlen. Darum bittet Tanja den Parteitag, die Nein-Parole zu fassen.

Szabolcs Mihalyi, SP Bümpliz-Betlehem

Im Polizeigesetz gibt es gute Sachen, beispielsweise die Bestimmungen zu Stalking. Aber es gibt auch repressive Ansätze: Wir wehren uns nicht nur für die Reitschule oder Demonstration in Bern. Wie wir medial lesen können, wird derzeit auch in Moutier vermehrt demonstriert. Wo, wenn nicht hier, soll sich die Bevölkerung frei bewegen dürfen? Sie nehmen ihr Menschenrecht wahr, ihre Meinung auf die Strasse zu tragen. Im Kanton mit der Bundesstadt ist es Pflicht, diese Rechte zu ermöglichen. Schon heute kann jede und jeder zur falschen Zeit am falschen Ort wegen Landfriedensbruch belangt werden. Ein Eintrag ins Strafregister macht nicht nur unter Umständen Karriere und Familie kaputt, sondern kann auch Einbürgerungen und die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung gefährden. Darum ist die Nein-Parole zum Polizeigesetz das einzig richtige.

Vinzenz Biggeli, JUSO

Wenn die Kluft zwischen Arm und Reich wächst, kann der Staat entweder die Sozialwerke stärken oder die Repression verstärken. Der Grosse Rat hat letzteres gemacht mit dem Sozialabbau und dem Polizeigesetz. Dagegen wurde die JUSO zusammen mit vielen anderen Vereinen aktiv (unter anderem finanzielle Unterstützung der SP Stadt Bern und ideelle Unterstützung der SP Kanton Bern) und hat 13'000 Unterschriften gesammelt. Darum müsste es auch in den Unterlagen zum Parteitag die Nein-Parole gefordert worden sein. Vinz empfiehlt die Nein-Parole, weil das Polizeigesetz nur eine Verschlechterung der Ausübung demokratischer Grundrechte zur Folge hat.

Jonas Ammann, SP Meikirch

Wir müssen unbedingt NEIN sagen zum Polizeigesetz. Es enthält eine unverhältnismässige Einschränkung des Demonstrationsrechts. Die Linke ist auf dieses Recht angewiesen, die Rechte nicht. Zur Kostenabwälzung: Wer würde noch eine Demo organisieren, wenn man die Kosten übernehmen muss? Wer geht an eine umstrittene Demo, wenn er oder sie bei der Auflösung alleine dasteht? Es ist ein Abschreckungseffekt und damit eine Grundrechtseinschränkung. Wir sind alle mitbetroffen! Darum: Schränken wir unsere Grundrechte nicht weiter ein, tragen wir Sorge zur Versammlungsfreiheit, jetzt wo Grundrechte eingeschränkt werden. Stimmt nein!

Christian Boesch, SP Bern-Nord

Christian geht auf einen Artikel ein, der nicht im Polizeigesetz ist: Jener zum Racial Profiling. Dass dieses Phänomen existiert, ist erwiesen. Polizisten sagen, es komme nicht vor, Grundrecht auf Gleichbehandlung sei in der Verfassung verankert, darum brauche es keine weitere Regelung.

Aber der Verfassungsartikel reicht eben nicht, deshalb braucht es die Regelung auch im Polizeigesetz. Das Polizeigesetz macht so vieles falsch, wir müssen deshalb diesen Entscheid korrigieren. Christian empfiehlt die Nein-Parole.

#### Ivan Kolak, SP MigrantInnen

Ivan ist Gewerkschafter. Ihm graut es vor dem Gesetz, weil er gesehen hat, wie sich die Berner Polizei am 1.11. auf der Baudemo verhalten hat. Mit ihrem Einsatz hat sie gegen das Neutralitätsprinzip verstossen. GewerkschafterInnen wurden verhaftet, weil sie auf der Seite der Bauarbeitenden war – ihm graut vor dem Polizeigesetz! Darum sagt er nein zum Gesetz. Und: Wir fürchten nicht die Berner Polizei!

#### Julian Marbach, SP Bern-Nord

Die Überwälzung von Veranstaltungskosten ist ein Fundamentalangriff auf die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit. Die 30'000 CHF für Veranstaltenden und 10'000 CHF für Besuchende sind ein Damoklesschwert: Sobald die Sozialbehörde findet, jemand habe sich an der Demo unvorsichtig verhalten oder den Anlass unvorsichtig vorbereitet, kann eine Rechnung folgen. Gewerkschaften haben wohl ein Sicherheitskonzept und können sich gegen solche Sachen absichern. Aber auch kleine Gruppen sollen demonstrieren können. Es gibt viele neue Gruppierungen ohne grosse Kenntnisse, beispielsweise auch motivierte Lernende. Das geht nur ohne die drohenden 30'000 CHF Gebühren. Das alleine würde schon als Grund für ein Nein ausreichen. Es gibt noch anderes im Gesetz, das schlecht ist. Eine linke Partei kann nur nein stimmen, nur so können wir unsere Position erklären. Das, was im jetzigen Gesetz gut ist, wird auch in einem nächsten Gesetz stehen.

Mirjam Veglio dankt für die leidenschaftlichen Voten. Sie hofft, dass sich alle eine Meinung bilden konnten. Zum Abstimmungsprozedere: Die GL beantragte die Stimmfreigabe, aus dem Plenum kam der Antrag zur Nein-Parole, die JA-Parole wurde nicht beantragt. Demnach werden diese beiden Optionen einander gegenübergestellt. Zum Schluss werden die Enthaltungen gezählt. Schliesslich gibt es eine Schlussabstimmung.

Antrag Geschäftsleitung: Stimmfreigabe

Abstimmung: Stimmfreigabe: NEIN-Parole 22:102, es gibt keine Enthaltungen.

Schlussabstimmung: Der Parteitag beschliesst die NEIN-Parole bei 3 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen.

## 11 RESOLUTIONEN

Es sind keine Resolutionen eingegangen.

## 12 100 JAHRE LANDESSTREIK

Béatrice Stucki, Grossrätin

Vor 100 Jahren gab es in der Schweiz harte sozialpolitische Unruhen, Hunger und Arbeitslosigkeit. Der Landesstreik war die Folge daraus. Selber war er nur kurz, die Demonstrierenden wurden verfolgt und getötet, die Armee hat in Bern und anderswo geschossen. Dabei waren die Forderungen nicht extrem: Frauenstimmrecht, geregelte Arbeitszeiten, kürzere Arbeitstage, Ferien, ein faires Wahlsystem. Alle Forderungen wurden abgelehnt und sind mit dem Abbruch des Streiks untergegangen. Alles wurde erst Jahre später umgesetzt – das Frauenstimmrecht als letztes.

Wir feiern am Samstag ab 14.00 Uhr in Olten ein grosses Fest, um an diesen wichtigen Streik zu erinnern. Zudem gibt es nächste Woche im Kornhaus eine Diskussionsrunde, in der unter anderem Corrado Pardini dabei sein wird.

## 13 VERSCHIEDENES

### Franco Castrovillari, SP MigrantInnen

Die SP MigrantInnen Kanton Bern führen am 22. November, 18.00 Uhr im Casa d'Italia eine Debatte über Kirchensteuern für juristische Personen 22.11. durch. Ausserdem sind sie dabei, eine Partizipationsmotion zu lancieren. Derzeit überprüft das Ratssekretariat, ob die Motion formal in Ordnung ist, danach beginnt die Unterschriftensammlung. Wir fordern ein Haus der Vereine für alle StadtbürgerInnen. Bei Fragen und Interesse kann man sich an Franco wenden.

Am 8.12. findet die Demonstration «Ausschaffung ist Folter» statt. Besammlung ist um 14 Uhr auf dem Bundesplatz.

### Ivan Kolak, SP MigrantInnen

Die SP MigrantInnen Kanton Bern sind nun seit zwei Jahren gegründet. Ivan lädt die Sektionen und Regionalverbände ein, sie einzuladen und mit ihnen über verschiedene Themen zu diskutieren.

### Tamara Funicello, Grossrätin

Am 14. Juni 2019 findet ein schweizweiter Frauenstreik statt. Die Frauen haben die Schnauze voll davon, dass wir nicht genug verdienen, dass alle 25 Tage eine Frau in ihren eigenen Wänden an Gewalt von (Ex-)Partnern stirbt, und dass die Schweiz Menschen fürs Krieg-Treiben bezahlt, nicht aber die Menschen, die unsere Kinder grossziehen. Es wurden bereits diverse kantonale Komitees gegründet. Das nächste Treffen findet am 11. November um 14.00 Uhr in der Genossenschaft Warmbächli statt. Die SP ist stark untervertreten. Bitte schliesst euch der Bewegung an!

## 14 SCHLUSS DES PARTEITAGES

Wir haben eine ruhige, freundliche aber sehr markante Präsidentin sowie einen charmanten Vizepräsidenten mit italienischen Wurzeln verabschiedet. Wir setzen uns auch in Zukunft gegen Freilichtpolitik ein, zusammen sind wir stark und zusammen machen wir die nächsten Wahlen zum Albtraum für den Gegner. Wir haben Parolen gefasst, das Polizeigesetz mit Leidenschaft, Ausdauer und Erfolg diskutiert. Elisabeth wünscht allen eine gute Heimkehr, bis zum nächsten Mal.

Schluss des Parteitags: 22.30

Für das Protokoll

Zora Schindler



- StimmzählerInnen
- Mandatskontrolle
- Resolutionen